

FBuE

FREIE BILDUNG UND ERZIEHUNG

VDP-Bundeskongress 2016: Was braucht Bildung morgen?

IM FOKUS

Digitalisierung in der beruflichen
Bildung: Deutschland im Verzug

AKTUELLES

Deutscher Weiterbildungstag 2016:
Mainzer Studienhaus ausgezeichnet

AUS DEM VERBAND

Neues von den Mitgliedsschulen
und Landesverbänden





Liebe Leserinnen und Leser,

der diesjährige VDP-Bundeskongress steht unter dem Motto: Was braucht Bildung morgen? Mit dieser Frage beschäftigt sich auch die aktuelle Ausgabe der FBuE. Darin widmen wir uns den Herausforderungen, die zukünftig auf das Bildungssystem zukommen – oder bereits bestehen – und wie wir sie bewältigen können. Sei es durch die voranschreitende Digitalisierung oder durch die Integration

der Flüchtlinge – auf viele Bildungseinrichtungen kommen große Aufgaben zu.

Für diese Ausgabe konnten wir den Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Prof. Dr. Marcel Fratzscher gewinnen, der im Interview einen ökonomischen Blick auf das deutsche Bildungssystem wirft. Prof. Dr. Michael Schratz, Dekan der School of Education an der Universität Innsbruck, verrät in einem Beitrag, wie Schulleiter Bildungsprozesse verbessern können, und Richard Heinen vom Learning Lab der Universität Duisburg-Essen geht auf die aktuellen Entwicklungen im Bereich der digitalen Bildung ein.

Ein weiteres Thema, mit dem sich Bundesgeschäftsführer Dietmar Schlömp beschäftigt, ist der Stellenwert der schulischen Berufsausbildung in Deutschland, während ich auf die Herausforderungen der Digitalisierung in der beruflichen Bildung eingehe. Daneben berichten wir über aktuelle Themen des Dachverbandes sowie über Neuigkeiten von den Mitgliedsschulen und Landesverbänden.

Wir hoffen, Ihnen durch diese Bandbreite viele Anregungen für Ihre Arbeit liefern zu können.

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre!
Ihre

Petra Witt
VDP-Präsidentin



Im Fokus

Digitalisierung in der
beruflichen Bildung:
Deutschland im Verzug
Seite 4



Aktuelles

Deutscher
Weiterbildungstag 2016:
Mainzer Studienhaus
ausgezeichnet
Seite 19



Aus dem Verband

Neues von den
Mitgliedsschulen und
Landesverbänden
ab Seite 21

Im Fokus

- 4** *Petra Witt*
**Digitalisierung in der
beruflichen Bildung:
Deutschland im Verzug**
- 7** *Dietmar Schlömp*
Schulische Berufsausbildung –
eine wichtige Säule des
deutschen Ausbildungs-
systems
- 11** *Prof. Marcel Fratzscher, Ph. D.*
Mit Bildung Deutschlands
Zukunft sichern.
Eine ökonomische
Bestandsaufnahme
- 15** *Prof. Dr. Michael Schratz*
Erfolgreiche Schulführung:
Wie Schulleiter
Bildungsprozesse
verbessern können
- 17** *Richard Heinen*
Schulen in der
Digitalisierung.
Fortbildung, Medien-
konzepte und
Ausstattung neu denken

Aktuelles

- 19** *Robert Renner*
Deutscher Weiter-
bildungstag 2016:
Mainzer Studienhaus
ausgezeichnet
- 20** *Robert Renner*
Bundesweite Initiative
„Schule gegen sexuelle
Gewalt“ gestartet



- 21** *Jürgen Banse*
Dramatischer Rückgang der
Arbeitsmarktförderung von
ALG-II-Empfänger/innen
- 27** *Heike Mutzbauer*
Saaleschule für (H)alle
gewinnt den
Jakob Muth-Preis für
inklusive Schulen
- 29** *Robert Renner*
25 Jahre VDP Sachsen-Anhalt

Aus dem Verband

- 23** Neue Geschäftsführerin
des VDP Verband Deutscher
Privatschulen NRW e. V.
- 24** *Christian Schneider*
Schule und Ausbildung ohne
Grenzen. Freie Schulwahl in
der Metropolregion Hamburg
- 26** *Yvonne Mohnke*
Grünes Licht für neues
Finanzhilfesystem in
Niedersachsen

Partnerschaften

- 30** *Britta Timm*
DKB – Was bei der
Finanzierung von
Kitas zu beachten ist
- 32** *Dirk Lauffer*
RatioProtect –
Versicherungen,
Vorsorge, Finanzen



Digitalisierung in der beruflichen Bildung: Deutschland im Verzug

von Petra Witt

Die Digitalisierung durchdringt heute sämtliche Lebensbereiche. Auch der Begriff „Industrie 4.0“ ist in aller Munde. Die damit gemeinte vierte industrielle Revolution wird die Jobprofile und die Anforderungen an berufliche Tätigkeiten gravierend verändern. Viele Ausbildungseinrichtungen und Schulen sind auf die digitalen Umwälzungen noch nicht vorbereitet. Die wenigsten haben entsprechende Inhalte in ihre Ausbildung integriert, um die Auszubildenden fit für die digitale Zukunft zu machen. Das ist das Ergebnis einer Studie mit dem Titel „Monitor Digitale Bildung“, die dieses Jahr von der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht wurde. Grundtenor der Studie: Die Wirtschaft wird immer digitaler und viele Ausbildungsbetriebe drohen den Anschluss zu verlieren.

Ausbildungseinrichtungen müssen nachziehen

Dabei hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) erst diesen Herbst verkündet, dass zu Beginn des Ausbildungsjahres 131.000 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten. Angesichts dieses Szenarios müssen die Ausbildungseinrichtungen nachziehen. „Berufsschulen und Betriebe brauchen Strategien für das digitale Zeitalter“, so Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. „Nur so können sie das Potenzial neuer Technologien für chancengerechte Bildung nutzen.“ Ein wesentlicher Punkt in diesem Zusammenhang ist zunächst die Ausstattung der Ausbildungseinrichtungen. Anfang des Jahres hat das Bildungsministerium ein Sonderprogramm im Umfang von bis zu 74 Millionen Euro bis 2019 vorgelegt, das die digitale Bildung in der Ausbildung vorantreiben soll. Dabei sollen moderne Rahmenbedingungen geschaffen werden, um eine

zukunftsfähige Qualifizierung der Auszubildenden in Schule und beruflichen Ausbildungsstätten zu garantieren. Ein wichtiger Schritt, an dem auch Ausbildungseinrichtungen in freier Trägerschaft partizipieren müssen.

Die technische Ausstattung ist die Basis

Mit den notwendigen Finanzmitteln müssen viele Grundlagen für die digitale Bildung erst noch geschaffen werden. Neben der technischen Ausstattung ist die entsprechende Qualifizierung der Lehrer und Ausbilder wichtig. Denn ohne qualifiziertes Lehrpersonal nützt die modernste Ausstattung nichts. Diesen Anforderungen genügen allerdings viele Bildungseinrichtungen nicht. Sie nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung noch zu wenig. Dabei wünschen sich viele Auszubildende einen größeren Anteil an digitalen Lernmethoden. Das hat die Bertelsmann-Studie ebenfalls gezeigt. Sie wissen, dass sie in ihrem späteren Berufsleben verstärkt mit digitalen Medien und Technologien umgehen müssen. Darauf wollen sie vorbereitet werden. Zukünftig wird außerdem eine interdisziplinäre Aus- und Weiterbildung zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil, wenn sie mehr digitalisierte Lernmöglichkeiten einbaut und den Teilnehmern dadurch mehr Flexibilität bietet. Deutschland soll im internationalen Vergleich konkurrenzfähig bleiben. Deshalb sind die Ausbildungseinrichtungen aufgefordert, die Digitalisierung mit in ihr Konzept einzubinden. Die öffentliche Hand muss die für die Rahmenbedingungen (sächliche Ausstattung, Personalqualifizierung und Lehrplanentwicklung) benötigten Gelder bereitstellen. Auch gehören die laufenden Kosten des Supports, der Erneuerung von

Hard- und Software ebenso wie die zusätzlichen Arbeitsstunden für die Lehrer im Rahmen der digitalen Mediennutzung dazu. Es bedarf Verhandlungen mit den Verlagen zur digitalen Nutzung von Lehr- und Lernmaterial sowie zur Bereitstellung von kostenlos nutzbaren Online-Portalen, um mehr Digitalisierung in die berufliche Bildung einziehen zu lassen. Nicht zuletzt müssen die Lehrpläne an die heutigen Standards angepasst werden.

Lebensbegleitendes Lernen wird immer wichtiger

Die Ausbildung ist häufig immer noch zu stark auf die Anforderungen des 19. und 20. Jahrhunderts ausgerichtet, stellten Forscher der Ludwig-Maximilians-Universität München unlängst fest. Die Inhalte der Ausbildung sind teilweise gleich geblieben. Ein weiterer wesentlicher Punkt, der mit der Digitalisierung einhergeht, ist die Wichtigkeit des lebensbegleitenden Lernens. Früher reichte meistens eine Ausbildung für das gesamte Berufsleben. Heute müssen sich Arbeitnehmer ständig weiterbilden und oft machen sie mehr als einen Berufsabschluss. Die berufliche Praxis ändert sich viel schneller. Beispielsweise müssen sich Mitarbeiter immer wieder mit neuen technisch und digital vernetzten Geräten, aber auch digitalen Kommunikationsformen vertraut machen. Der kompetente Umgang mit digitalen Medien wird zur Selbstverständlichkeit, der genügt werden muss.

Die digital unterstützte Fortbildung – ein Konzept für die Zukunft

Ein gutes Beispiel für die digitale Bildung von morgen ist das Konzept einer digital unterstützten beruflichen Fortbildung. Es basiert auf sogenannten Blended-Learning-Seminaren, also Seminaren, die nur noch aus wenigen Präsenzveranstaltungen und ansonsten aus E-Learning-Kursen bestehen. Durch eine digitale Lernplattform besteht die Möglichkeit, sich auszutauschen und digital unterstützt flexibel zu lernen und zu arbeiten. Die Medienbildung und -kompetenz wird somit zur Querschnittsaufgabe und auch integraler Bestandteil der beruflichen Weiterbildung. Ein qualifizierter Ausbilder, insbesondere in der Fachanleitung in der Praxis, kann dadurch nicht ersetzt werden. Das Lernen mit digitalen Medien bietet allerdings vielfältige

Chancen, um sich auf die Digitalisierung im beruflichen Kontext vorzubereiten.

Auszubildende werden mit einer immer komplexeren Arbeitswelt konfrontiert

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Digitalisierung große Umwälzungen mit sich bringt. Die Ausbildungseinrichtungen müssen sich auf die Veränderung einlassen und die Digitalisierung in ihre Ausbildungskonzepte integrieren. Die vollzeitschulische Ausbildung bietet dabei Vorteile. Sie kann digitale Bildung flexibler umsetzen. In der vollzeitschulischen Ausbildung kann ein umfassendes Ausbildungsspektrum vermittelt werden, wozu kleinere Ausbildungsbetriebe häufig nicht in der Lage sind. Noch lässt sich nicht für alle Berufe vorhersagen, wie sehr die vernetzte Produktion sie verändern wird. Langfristig müssen digitale Lernkonzepte nicht nur in der Schule, sondern in den Ausbildungseinrichtungen Einzug halten. Den Auszubildenden von morgen die Ängste vor der zunehmenden Automatisierung zu nehmen heißt, sie auf die Bedarfe des 21. Jahrhunderts durch digitalen Medieneinsatz kompetenzorientiert vorzubereiten. Hier können freie Bildungseinrichtungen, die seit jeher innovativ, flexibel und marktorientiert ihre Konzepte an die aktuellen Anforderungen angepasst haben, gezielt ansetzen. Viele freie Bildungsträger sind Vorreiter auch im Einsatz von digitalen Medien. In den nächsten Jahren werden sie das noch viel mehr ausbauen und in ihre pädagogischen Konzepte integrieren. Gerade diese Offenheit für Neues gehört bei freien Bildungseinrichtungen zur Tradition und zum Selbstverständnis. Die Chancen der Digitalisierung werden sie nutzen, um in der beruflichen Aus- und Weiterbildung attraktive und gezielte Bildungsangebote für die Wirtschaft und den Einzelnen bereitzustellen.



Petra Witt
VDP-Präsidentin und Geschäftsführerin
Präha Bildungszentrum gemeinnützige
GmbH

IM FOKUS

Schulische Berufsausbildung – eine wichtige Säule des deutschen Ausbildungssystems

von Dietmar Schlömp

Diesen Herbst wurde die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ veröffentlicht. Die erfreuliche Nachricht: Über 95 Prozent der 15- bis 29-Jährigen befinden sich heute in Schule, Ausbildung, Studium oder Beschäftigung. In kaum einem anderen Land ist das so. Zu den Gründen zählt OECD-Bildungsexperte Andreas Schleicher die gute Wirtschaftslage und die als vorbildlich geltende berufliche Bildung. Trotzdem hält sich der Anteil der Jugendlichen ohne qualifizierten Abschluss seit Jahren hartnäckig. Bei den 25- bis 34-Jährigen liegt er immer noch bei 13 Prozent. Auch zu Beginn des Ausbildungsjahres suchten viele junge Menschen wieder einen Ausbildungsplatz. Laut Bundesagentur für Arbeit (BA) konnten bis August 2016 rund 131.000 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Damit hat sich die Zahl der offenen Stellen innerhalb von nur zwei Jahren um rund zehn Prozent erhöht. Die Gründe hierfür: Einerseits können durch den demografischen Wandel immer mehr Lehrstellen nicht besetzt werden. Andererseits hält der Akademisierungstrend weiter an. Auch sogenannte „Passungsprobleme“ spielen eine Rolle. Unternehmen schreiben ihre Stellen in Regionen aus, in denen es nur wenige Schulabgänger gibt. Angebot und Nachfrage passen nicht immer zusammen. Das bestätigte auch Bildungsministerin Johanna Wanka nach dem Beschluss des

Berufsbildungsberichtes im Kabinett diesen Jahres. Eine weitere Entwicklung: Trotz unbesetzter Ausbildungsplätze wegen der gestiegenen Anzahl von Integrationsmaßnahmen sind wieder mehr Jugendliche in schulischen Übergangssystemen. Ein wichtiger Schritt, der junge Flüchtlinge auf eine Ausbildung vorbereitet. Denn der Erwerb einer anerkannten Berufsausbildung ist entscheidend für eine langfristige Integration in den Arbeitsmarkt.

Schulische Ausbildungsgänge leisten einen wesentlichen Beitrag

Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen im Rahmen der dualen Berufsausbildung alleine reicht allerdings nicht aus, um allen Jugendlichen den Berufseinstieg zu ermöglichen. Immer mehr Unternehmen sind nicht mehr bereit oder in der Lage, ein Berufsbild in seiner ganzen Breite auszubilden. Gleichzeitig wird in vielen Branchen der Fachkräftemangel beklagt. Es sind Alternativen zum dualen Ausbildungssystem notwendig, um die Zukunftschancen der jungen Erwachsenen zu sichern. Denn in Deutschland fehlen Fachkräfte an allen Ecken und Enden. Umso wichtiger ist



es, dass alle Jugendlichen entsprechend ihren Begabungen gefördert werden und Zugang zu zukunftsgerichteten Ausbildungsmöglichkeiten bekommen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Schulische Ausbildungsgänge, wie sie von freien Bildungsträgern angeboten werden, leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Unterschiede der schulischen und außerbetrieblichen Berufsausbildung

Es müssen zwei Ausbildungsrichtungen unterschieden werden: die vollzeitschulische und die außerbetriebliche Ausbildung. Die vollzeitschulische Ausbildung führt zu einem staatlich anerkannten schulischen Berufsabschluss, der nicht in einer dualen Ausbildung

erlernt werden kann. Vor allem Gesundheits-, Sozial- oder Medienberufe zählen dazu. Typische rein schulische Ausbildungsberufe sind zum Beispiel Gesundheits- und Krankenpfleger, Erzieher, Logopäden, Altenpfleger oder Ergo- und Physiotherapeuten. Diese Ausbildungsbereiche zeichnen sich durch einen hohen Theorieanteil aus, der in der dualen Ausbildung nur schwer oder unvollständig vermittelbar ist. Dem gegenüber steht die außerbetriebliche Ausbildung. Sie führt ebenfalls zu einem staatlich anerkannten Berufsabschluss. Allerdings richtet sie sich in erster Linie an Jugendliche, die den Anforderungen einer dualen Ausbildung nicht gewachsen sind. Sie werden in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet und auf die entsprechenden

Berufsabschlussprüfungen vorbereitet. Diese Ausbildungsrichtungen können auch in dualen Ausbildungsgängen erlernt werden. Ein Beispiel hierfür ist der/die Assistent/in für Hotelmanagement, der in der dualen Ausbildung als Hotelkauffrau/-mann erlernt werden kann. Bei der vollzeitschulischen Ausbildung bildet der Unterricht an Berufsfachschulen und Berufskollegs den Lernmittelpunkt, was nicht heißt, dass die Arbeitspraxis zu kurz kommt. Häufig wird der schulische Unterricht von mehreren Praktika begleitet. Viele Berufsfachschulen arbeiten dabei eng mit Unternehmen zusammen. Pflegeschulen sind meist sogar direkt an Krankenhäuser angegliedert. Bis auf wenige Ausnahmen richtet sich die schulische Ausbildung nach landesgesetzlichen Regelungen.

Vorteile einer schulischen Berufsausbildung

Trotz der hohen Bedeutung von vollzeitschulischen und außerbetrieblichen Ausbildungsgängen für das Berufsbildungssystem wird diesen Ausbildungsgängen von Politik und Öffentlichkeit zu wenig Beachtung geschenkt. Dabei stellen sie neben der dualen Ausbildung eine wichtige Säule im deutschen Ausbildungssystem dar. Die Meinung, dass schulische Ausbildungen den praktischen Anforderungen im Betrieb nicht gewachsen sind, ist längst revidiert. Auch das Vorurteil, dass Absolventen nach ihrer Ausbildung noch nachqualifiziert werden müssten, entbehrt jeder Grundlage. Schulische Ausbildungsgänge bieten sogar Vorteile: Zum einen sind sie nicht von der aktuellen Auftragslage eines Ausbildungsbetriebes abhängig. Sie können sich jederzeit dem Lernen, Üben und Vertiefen neuer Themen und Techniken widmen. Das Problem, dass ein Betrieb nur einen Teil des relevanten Berufsprofils abdeckt, dass der Auszubildende auf bestimmte Abteilungen

beschränkt ist oder dass momentane Auftragsflaute herrscht, besteht in der vollzeitschulischen Ausbildung ebenfalls nicht. Außerdem geht in vielen Unternehmen der Trend dahin, vielseitig ausgebildete junge Arbeitskräfte einzustellen, die in vielen Feldern ohne lange Einarbeitungszeit einsetzbar sind. Flexibilität und Lerndynamik spielen in der Arbeitswelt 4.0 eine immer größere Rolle. In der schulischen Ausbildung wird dieser generalistische Ansatz berücksichtigt.

Schulische Ausbildungsgänge müssen gleichermaßen gefördert werden

Vor allem auch bei der Integration der Flüchtlinge ist die vollzeitschulische Ausbildung eine wichtige Alternative. Denn neben dem Spracherwerb und der Ausbildungsvorbereitung ist das Erlernen einer anerkannten Berufsausbildung eine wesentliche Komponente für eine langfristige und nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. In der Vergangenheit wurde von Bund und Ländern immer wieder versucht, schulische Ausbildungsgänge zu streichen, um die duale Ausbildung zu stärken. Heute zeigt sich, dass dies der falsche Weg war. Schulische Ausbildungsberufe müssen deshalb – neben dualen Ausbildungsgängen – gleichermaßen gefördert werden, damit Deutschland auch zukünftig ein Land mit einer hohen Beschäftigungsquote bleibt.



Dietmar Schlömp
VDP-Bundesgeschäftsführer



In Kinder zu investieren sollte nie am Geld scheitern.

Darum sprechen Sie mit unseren Experten für Spezialfinanzierungen.

Die Triodos Bank gibt pädagogischer Vielfalt Kredit. Als Partner mit langjähriger Erfahrung und bundeslandspezifischem Fachwissen für den Bereich Bildung begleiten wir Ihr Projekt – von der Idee bis in den Schulalltag. Ganz transparent, einfach und verständlich.

Denn Geld kann so viel mehr.

Triodos @ Bank

www.triodos.de

Triodos Bank N.V. Deutschland, Mainzer Landstraße 211, 60326 Frankfurt am Main, T +49 (0)69 7171 9119, kredit@triodos.de

Mit Bildung Deutschlands Zukunft sichern

Eine ökonomische Bestandsaufnahme

Interview mit Prof. Marcel Fratzscher, Ph. D.

Marcel Fratzscher ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Professor für Makroökonomie und Finanzen an der Humboldt-Universität Berlin und Mitglied des Beirats des Bundesministeriums für Wirtschaft. Als unabhängiges Institut mit mehr als 300 Mitarbeitern zählt das DIW Berlin zu den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten und Denkfabriken in Europa.

Herr Fratzscher, Bildung und Ausbildung sind zentrale wirtschaftliche Standortfaktoren. Der Qualität und Vielfalt des Bildungssystems kommt darum eine zentrale Rolle zu. Wie wichtig ist aus Ihrer Sicht Wettbewerb im Bildungsbereich?

Auf der einen Seite ist Wettbewerb die Lokomotive für Fortschritt. Nur wenn es Wettbewerb gibt, gibt es Vielfalt, Innovation und eine Qualitätssteigerung. Deshalb ist es wichtig, dass es auch im Schulsystem, über die Länder hinweg, Wettbewerb gibt. Zwischen privaten und öffentlichen, aber auch unter öffentlichen Schulen. Andererseits kann man das Bildungssystem nicht mit der Privatwirtschaft gleichsetzen. Bildung ist etwas, worauf jeder Mensch ein Anrecht hat. Es ist ein öffentliches Gut. Der Staat muss dafür sorgen, dass jede Person die gleichen Bildungschancen bekommt.

Deutschland liegt im internationalen OECD-Vergleich bei Bildungsausgaben unter dem Durchschnitt. Welche ökonomischen Konsequenzen haben die derzeit niedrigen

Bildungsinvestitionen?

Deutschland ist ein Land mit einer sehr hohen Produktivität und einem hohen Pro-Kopf-Einkommen. Wenn wir unsere Stellung im globalen Wettbewerb bewahren wollen, muss das Bildungssystem dafür sorgen, dass die Menschen im internationalen Vergleich besser abschneiden. Obwohl wir uns in den letzten Jahren im Pisa-Test verbessert haben, ist das Ergebnis noch nicht zufriedenstellend. Wenn es um Bildungsausgaben geht, bedeuten aber mehr Ausgaben nicht automatisch ein besseres Bildungssystem. Es geht um Effizienz und darum, wie die Gelder zielgenau eingesetzt werden. Die Reformen der letzten 20 Jahre haben gezeigt, dass es unvermeidlich ist zu experimentieren. Nur wenn man Risiken eingeht, können auch Fortschritte gemacht werden.

Wie wichtig ist gerade frühkindliche Bildung für die ökonomische Entwicklung Deutschlands?

Wir wissen aus vielen Studien, dass der frühkindliche Bereich die Phase ist, in der die Weichen für das zukünftige Leben gestellt werden. Der Nobelpreisgewinner James Heckman hat gezeigt, je früher ein Euro im Bildungssystem ausgegeben wird, desto höher ist



Prof. Marcel Fratzscher, Ph. D. / Foto: DIW Berlin / B. Dietl

die spätere Rendite. Das bedeutet, umso höher ist die positive Wirkung auf die Lernfähigkeit, auf das Bildungsergebnis und letztlich auch auf die Leistungen, die Menschen später im Arbeitsmarkt einbringen können. Deshalb ist die frühkindliche Bildung so wichtig. Es ist bestürzend, dass Deutschland bei den Ausgaben in diesem Bereich nach wie vor hinterherhinkt.

Inwieweit hat frühkindliche Bildung Auswirkungen auf Bildungschancen bzw. die spätere Erwerbsbiografie?

Die frühkindliche Bildung hat Auswirkungen auf das gesamte Leben. Sie hat Einfluss auf den späteren Bildungsabschluss, auf die Chancen am Arbeitsmarkt und auf die gesellschaftliche Produktivität. Es wird immer so getan, also würde frühkindliche Bildung nur dem jeweiligen Kind zugutekommen. Wenn ein Mensch aber seine Fähigkeiten und Talente von Anfang an entwickeln und einbringen kann, nützt er der gesamten Gesellschaft. Er macht die Menschen und die Unternehmen um sich herum produktiver und leistet so einen wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beitrag.

Auch die Förderung der beruflichen Weiterbildung wird immer wichtiger. Welche Rolle spielt berufliche Weiterbildung zukünftig aus Ihrer Sicht für den Arbeitsmarkt?

Lebenslanges Lernen ist bereits heute unverzichtbar und wird in den nächsten Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung gewinnen. Das liegt vor allem am technischen Fortschritt, der durch die Digitalisierung beschleunigt wird. Jemand, der heute einen Beruf ergreift und eine Ausbildung absolviert, kann nicht davon ausgehen, diese Tätigkeit ein Leben lang auszuüben. Die Herausforderung ist, immer auf dem neuesten Stand zu bleiben. Die größere Herausforderung ist allerdings, dass sich viele Berufe durch den technischen Fortschritt grundlegend verändern werden. Viele Menschen, die zwar einen Berufsabschluss haben, werden keinen Job mehr finden und eine Neuausbildung brauchen. Deshalb wird die berufliche Weiterbildung beziehungsweise Umbildung in Zukunft immer wichtiger.

Privatschulen entlasten den öffentlichen Sektor. Trotzdem müssen sie in vielen Bundesländern mit großen staatlichen Hürden kämpfen. Wie beurteilen Sie diese Situation?

Fairer Wettbewerb bedeutet gleiche Start- und Wettbewerbsbedingungen für alle. Das heißt, die öffentliche Hand muss Transparenz und Klarheit über Gesetze, Rechte und Vorgaben schaffen. Im nächsten Schritt muss eine gewisse Planungssicherheit für die Schulen garantiert werden. Die öffentliche Hand und gerade die Länder müssen sich deshalb genau überlegen, was sie wollen. So wie es im Augenblick läuft, ist es alles andere als optimal.

Ist das Kooperationsverbot im Bildungssektor aus Ihrer Sicht ein Modell für die Zukunft?

Nein, denn es ist erwiesen, dass durch die verschiedenen Länderzuständigkeiten die Unterschiede in der Qualität des Bildungssystems zunehmen. Das widerspricht der Verantwortung des Staates, jedem gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Schwächere Bundesländer fordern auf der einen Seite mehr Geld vom Bund und wollen sich auf der anderen Seite in ihrer Kompetenz nicht reinreden lassen. Dabei ist es nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der Qualität und Effizienz politischer Entscheidungen. Die Länder müssen dabei mehr Rechenschaft ablegen. Langfristig sehe ich das nur durch mehr Transparenz und

Wettbewerb, aber auch durch eine stärkere Kooperation mit dem Bund gegeben.

Ein weiteres Thema, das uns beschäftigt, ist der Lehrkräftemangel, der derzeit in jedem Bundesland spürbar ist. Wie müsste man Ihrer Meinung nach arbeitsmarktpolitisch reagieren, um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken?

Den Lehrkräftemangel kann man nicht von heute auf morgen lösen. Wir wissen nicht genau, wie lange der derzeit hohe Bedarf anhält. Durch den demografischen Wandel haben wir eine schwache Geburtenrate und auch die Zahl der Flüchtlinge ist derzeit gering. Die Frage ist, wie wir die aktuellen Lücken füllen. Es gibt ausgebildete Lehrkräfte, die aktuell nicht berufstätig sind. Diese stille Reserve kann mobilisiert werden. Außerdem sind mehr finanzielle Mittel notwendig. Ich bin zuversichtlich, dass der Bund zu seinem Wort steht und die Länder und Kommunen bei der aktuellen Herausforderung unterstützt. Langfristig wäre es in den meisten Bundesländern aber weise, beispielsweise den Betreuungsschlüssel der Kitas zu erhöhen.

Im letzten Jahr kamen im Rahmen des Flüchtlingszustroms über 300.000 schulpflichtige Kinder nach

Deutschland. Wo sehen Sie die größte Herausforderung bei der Integration?

Die größte Herausforderung ist, soziale Kontakte und Sprachkenntnisse zu fördern als auch eine Ghettoisierung zu verhindern, also letztlich die geflohenen Kinder so schnell wie möglich in die Regelklassen zu integrieren. Je schneller das gelingt, desto schneller lernen sie nicht nur die Sprache, sondern desto besser sind ihre Bildungs- und Berufschancen. Das erfordert natürlich zusätzliche Investitionen. Die größte Frage ist aber, wie wir mit der größten Gruppe der geflohenen Menschen umgehen, also mit größtenteils jungen Männern im Alter zwischen 18 und 30 Jahren. Viele von ihnen haben keinen Bildungsabschluss. Wir müssen sie nicht nur schnell, sondern vor allem so gut wie möglich in den Arbeitsmarkt integrieren. Denn bei einem Flüchtling ohne Ausbildung ist das Risiko enorm hoch, dass er nach wenigen Jahren arbeitslos wird und in die Langzeitarbeitslosigkeit abrutscht. Deshalb muss ein Teil der Bildung nachgeholt werden. Dafür müssen Anreize wie Rechtssicherheit und Familiennachzug geschaffen werden. Wir müssen außerdem



noch einen stärkeren Fokus auf das Fördern legen. Auch die Wirtschaft muss sich noch stärker einbringen und beispielsweise mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Die Integration von Flüchtlingen führt Ihrer Meinung nach langfristig zu positiven wirtschaftlichen Effekten. Können Sie das genauer erläutern?

Das ist eine unsägliche Diskussion über die Frage, ob sich ein Flüchtling für Deutschland wirtschaftlich rechnet. Natürlich werden wir dabei zu dem Resultat kommen, dass die meisten Flüchtlinge den Staat mehr Geld kosten, als sie später an Steuern zahlen. Was mich aber an diesem Argument ärgert, ist die Tatsache, dass es eine völlig verkürzte Perspektive aus Sicht der Gesellschaft ist. Wenn wir diese Logik wirklich glauben, dann sind zwei Drittel der Deutschen ein Verlustgeschäft. Denn sie haben ein so geringes Einkommen, dass sie relativ

wenige Steuern zahlen und hohe Transferleistungen bekommen. Nehmen Sie das Beispiel einer Altenpflegerin. Sie benötigt eine gute Ausbildung, macht einen richtig harten Job und verdient am Ende wenig Geld. Diese Altenpflegerin wird ihr Leben lang ein Verlustgeschäft für den deutschen Staat sein. Wollen wir wirklich sagen, wir brauchen diese Person nicht? Wir müssen uns anschauen, was sie zur Gesellschaft und zur Wirtschaft beiträgt. Unsere Berechnungen haben ergeben, dass, wenn es gelingt, 70 Prozent der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren, dies einen positiven Effekt auch auf die Wirtschaft hat. Die Frage ist als nicht, ob die Flüchtlinge für Deutschland einen wertvollen, auch ökonomischen Beitrag leisten, sondern wie schnell das geschehen wird.

Das Interview führte Robert Renner, VDP-Pressesprecher.

— Anzeige —



Freie Aktive Schule Wülfrath

Schule muss Spaß machen, Schulen bauen aber auch

Die Finanzierung einer Schule vor über 40 Jahren war der Gründungsimpuls unserer Bank. Seitdem finanzieren wir Bildungseinrichtungen. Dabei ist uns die Förderung der pädagogischen Vielfalt wichtig. Ob sich Ihr Vorhaben an der Waldorf-, Montessori- oder Jenaplan-Pädagogik orientiert, oder Sie neue Wege gehen möchten: Gerne gehen wir mit Ihnen.

Finanzierungsangebote und -beratung
Telefon +49 234 5797 300
www.gls.de/finanzieren

GLS Bank
das macht Sinn

IM FOKUS

Erfolgreiche Schulführung: Wie Schulleiter Bildungsprozesse verbessern können

von Univ.-Prof. Dr. Michael Schratz

Eine der wichtigsten Aufgaben von Schulleitung besteht heute darin, die Schule so weiterzuentwickeln, dass die Bildungsprozesse der Schüler/innen bestmöglich gefördert werden. Dies erfordert ein Zusammenspiel aller daran Beteiligten, d. h. den Blick vom Einzelnen („Ich und mein Unterricht“) auf das Ganze („Wir und unsere Schule“). Dieser Blickwechsel stellt eine große Herausforderung dar, da Lehrkräfte sich vorwiegend für den Unterricht verantwortlich fühlen und die Steuerung der Schule

als Ganzes der Schulleitung überlassen. Da das Unterrichten die sichere Basis für Lehrerinnen und Lehrer darstellt, stellt der Fokus auf das Lernen der Schülerinnen und Schüler die sicherste Basis für das gemeinsame Bemühen zur Verbesserung der Bildungsprozesse dar.

Bei der Sensibilisierung für die Wirksamkeit des Lehrens auf das Lernen der Schüler und Schülerinnen ist ein Perspektivwechsel von einer „lehrseitigen“ Betrachtung zur „lernseitigen“

(Schratz u. a. 2012) erforderlich. Ein diesbezüglicher Klärungsprozess lässt sich über das Instrument des Wissensaudits in Gang setzen. Mit seiner Hilfe können Defizite im Umgang mit dem an der Schule vorhandenen (Nicht-)Wissen zur Wirkung des Lehrens festgestellt und konkrete Maßnahmen zur lernseitigen Orientierung gesetzt werden. Es hilft, jene Bereiche zu erschließen, die in der täglichen Unterrichtsarbeit nicht bewusst sind und dadurch blinde Flecken darstellen (vgl. Abb. 1). Zur



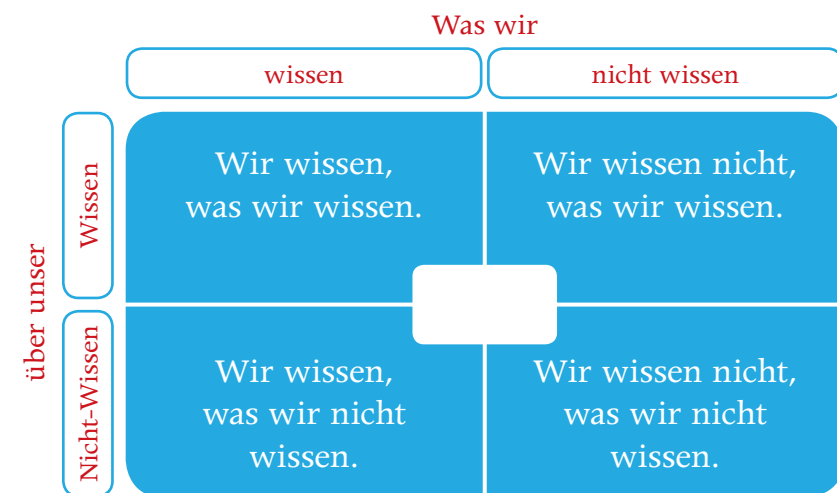


Abb. 1: Wissensaudit als Vier-Felder-Matrix

Entwicklung von Schule und Unterricht ist es von zentraler Bedeutung, die Potenziale der verborgenen Schätze des Nichtwissens (in der Matrix die Quadranten „Wir wissen nicht, was wir nicht wissen“, „Wir wissen nicht, was wir wissen“) zu heben. Die Formen des Nichtwissens steuern die unterrichtlichen Handlungsmuster und lassen Schulen oft im Bereich der traditionellen Lehr-Lernformen stehen bleiben.

Zur Erkundung im Wissensaudit wird das „Lernen der Schüler/innen“ in das Mittelfeld geschrieben. Wird damit der Musterwechsel des Lernens von der Perspektive des Lehrers zur Perspektive des Lernens angestrebt (vgl. Schratz/Westfall-Greiter 2010, S. 156), ist eine Konfrontation mit dem eige-

nen (organisationalen) Nichtwissen unumgänglich. Dazu kann das Feld des blinden Flecks („Wir wissen nicht, was wir nicht wissen“) interessante Möglichkeiten eröffnen.

Das Nachdenken über und das Suchen nach Evidenzen für die Beantwortung der offenen Fragen (blinde Flecken) sind wichtige Aktivitäten zur Anbahnung einer Neuperspektivierung. „Unsere Aufmerksamkeit muss bewusst umgelenkt und der Ursprungsort unserer Aufmerksamkeit muss bewusster werden, der blinde Fleck, aus dem heraus wir handeln“ (Scharmer 2009, S. 78). Die neuen Impulse aus den Quadranten (vor allem denen des Nichtwissens) wirken als Blick auf die Hinterbühne des bisherigen Arbeitens.



Univ.-Prof. Dr. Michael Schratz
 Dekan der Fakultät für Bildungswissenschaften der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Professor am Institut für Lehrerinnenbildung und Schulforschung. Tätigkeit in Lehrerbildung und Qualifizierung von Führungskräften in den Bereichen Lernen und Lehren, Führung, Unterrichts- und Schulentwicklung. Arbeitsschwerpunkte: Entwicklung von Professionalität und Leadership, Systementwicklung im Bildungswesen. Wissenschaftliche Leitung der Leadership Academy. Mitglied zahlreicher internationaler Kommissionen und Arbeitsgruppen (Europarat, OECD, EU). Längere Forschungsaufenthalte in Großbritannien, USA und Australien. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Bildung, Gesellschaft und Lernen, Leadership und Qualitätsentwicklung. Mitbegründer und -herausgeber mehrerer pädagogischer Zeitschriften.

Die Auseinandersetzung mit Fragen des Nichtwissens, welche für eine Schulentwicklung aus der entstehenden Zukunft konstitutiv ist, soll nicht so sehr zu einer richtigen Antwort auf die anstehenden Fragen führen, sondern zu einer reflexiven Dialogkultur beitragen. Auf diesem Weg könnten nach Scharmer (ebenda, S. 112) Bildungsstätten wieder werden, was sie einst waren: „Orte, an denen man lernt, Lösungen und Handlungsimpulse aus sich selbst heraus zu entwickeln. Räume, in denen echte Begegnungen entstehen und die Geburtsstätten für das Neue sind.“ Für die Führung einer Schule bedeutet dies, für eine wirksame Beziehung zu sorgen, die auf Resonanz baut, um schulbezogene Leistungsfähigkeit zu erreichen und damit die Bildungsprozesse der Schülerinnen und Schüler zu verbessern.



IM FOKUS

Schulen in der Digitalisierung

Fortbildung, Medienkonzepte und Ausstattung neu denken

von Richard Heinen

Rückblickend wird man sagen, dass 2016 das Jahr war, in dem ein Thema wieder Fahrt aufgenommen hat, das in den sozialen Medien gerne verkürzend als „digitale Bildung“ bezeichnet wird. Die Kultusministerkonferenz erarbeitet eine Strategie für das Lernen in der digitalen Welt und diskutiert bereits eine Entwurfsfassung öffentlich. Das BMBF führt Fachtagungen zum Thema durch und positioniert sich so auch explizit im Bildungsbereich Schule, für den der Bund gar nicht zuständig ist. Den Höhepunkt dieser Aktivitäten wird sicherlich der IT-Gipfel der Bundesregierung bilden, diesen November in Saarbrücken die digitale Bildung ins Zentrum stellt.

Eine Frage, die immer wieder gestellt wird: Was muss passieren, damit Lernen im digitalen Wandel in der Schule gelingen kann?

Eine einfache Antwort ist in einem Themenfeld, das sich in einem rasanten und tiefgreifenden Entwicklungsprozess befindet, sicher nicht einfach. Aber drei Aspekte erscheinen wichtig:

- » Die Fortbildung der Lehrkräfte
- » Die Entwicklung schulischer Medienkonzepte
- » Der Aufbau guter technischer Infrastrukturen

Allerdings sind dies auch drei Felder, in denen veränderte Herangehensweisen erforderlich sind, damit nicht Arbeitsweisen der Vergangenheit, der Entwicklung der Zukunft im Wege stehen.

Studien wie die ICILS-Studie oder der Länderindikator Schule digital bescheinigen den Lehrkräften in Deutschland, nicht gut auf digitalen Wandel vorbereitet zu sein. Abgeleitet daraus wird die Forderung nach

Fortbildungen. Wie und wo diese stattfinden sollen, bleibt aber meist offen. Lernen im digitalen Wandel ist ein langfristiger Entwicklungsprozess, der nicht nur die Schülerinnen und Schüler betrifft, sondern dem sich auch Lehrkräfte dauerhaft stellen müssen. Es geht also nicht darum, Lehrkräfte einmal fit zu machen. Vielmehr müssen Lehrkräfte erkennen, dass sie sich permanent und selbstständig fortbilden müssen. Damit dies nicht zu einer überfordernden Aufgabe für den Einzelnen wird, sollten Schulen als Ganze lernen, gemeinsam zu lernen.

Die Idee, Medienkonzepte zu entwickeln, stammt aus einer Zeit, als Schulträger sich mit der Forderung konfrontiert sahen, mehr IT in Schulen zu bringen, als für die wenigen Informatik-Kurse erforderlich war. IT und das Internet sollten nun Potenziale in allen Fächern entfalten. Der Satz „Keine Ausstattung ohne pädagogisches Konzept“ erweist sich aber zunehmend als schlechter Freund. Viele Schulen haben Medienkonzepte, die nur als Begründung für Einkaufslisten dienen, darüber hinaus aber keine Wirkung an den Schulen entfalten. Oft sind sie im Kollegium nicht einmal bekannt. Ein zweiter Haken: Oft investieren Schulen Zeit in die Arbeit an Konzepten, die auf eine zukünftige Nutzung ausgerichtet sind, wenn denn eine Ausstattung da wäre. So müssen diese Medienkonzepte zwangsläufig immer dem technisch Machbaren hinterherhinken.

Aus Sicht vieler Schulträger und selbstredend der IT-Wirtschaft sollte IT möglichst standardisiert und einheitlich sein. Eine IT, die wirklich lernförderlich ist, muss aber für den einzelnen Lernenden immer im Lernprozess erreichbar sein. Folglich müssten Schulen

Referenzen
 Scharmer, C. O. (2009). Theorie U: Von der Zukunft her führen. Presencing als soziale Technik. Heidelberg: Carl Auer.
 Schratz, M., Schwarz, J. F. & Westfall-Greiter, T. (2012). Lernen als bildende Erfahrung. Vignetten in der Praxisforschung. Innsbruck: StudienVerlag.
 Schratz, M./Westfall-Greiter, T. (2010): Schulqualität sichern und weiterentwickeln. Seelze: Kallmeyer.

umfassende, standardisierte 1:1-Ausstattungen realisieren. Fast immer muss das die Möglichkeiten der Schulträger überfordern.

Diese Aspekte zeigen zunächst die Herausforderungen, vor denen Schulen stehen. Herausforderungen, die unüberwindbar erscheinen. Deren Lösung aber helfen kann, Schulen als Bildungseinrichtungen fit zu machen für das 21. Jahrhundert. Die besten Lehrerfortbildner, die eine Schule bekommen kann, sind die eigenen Lehrkräfte und oft auch die eigenen Schüler, wenn Lehrkräfte bereit sind, über ihre Erfahrungen zu berichten. Die Berichte von Misserfolgen, gerade im Umgang mit digitalen Medien, können dabei besonders wertvoll sein, wenn eine Fachschaft oder ein Kollegium diese Misserfolge als Hilfe im Lernprozess wertschätzt. Ein Medienkonzept kann eine wichtige Hilfe im Arbeitsalltag von Lehrkräften sein, wenn es nicht vage Ziele formuliert, sondern den jeweils aktuellen Stand der Arbeit mit digitalen Medien abbildet. Dann ist es nicht mehr nur Grundlage für Beschaffungen,

sondern Werkzeug in der gemeinsamen Unterrichtsentwicklung und kollegialen Fortbildung. Und die Technik, mit der gearbeitet wird, ist die, die verfügbar ist. Wenn hier alles genutzt wird, was heute schon von Lehrenden und Lernenden in die Klassenzimmer getragen wird, ist das eine Menge.

Es zeigt sich: Die vermeintlich großen Hürden bieten gemeinsam das Potenzial zur Lösung und zur Veränderung von Schule, jenseits von Technik, aber für ein Lernen im digitalen Wandel.



Richard Heinen

ist wiss. Mitarbeiter und Geschäftsführer am Learning Lab der Universität Duisburg-Essen und dort für den Arbeitsbereich Schule verantwortlich. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Schulentwicklung, Lerninfrastruktur und Medienintegration sowie Unterstützungswerkzeuge für Lehrkräfte und freie Bildungsmedien in informationell offenen Ökosystemen.

AKTUELLES

Deutscher Weiterbildungstag 2016: Mainzer Studienhaus ausgezeichnet

von Robert Renner

Am 29. September fand die Auftaktveranstaltung des Deutschen Weiterbildungstages in der Akademie der Künste in Berlin statt. Das diesjährige Motto lautete: Weiterbildung 4.0 – fit für die digitale Welt. Dabei drehte sich alles um die Zukunft der Weiterbildung und den Trend der Digitalisierung. Die Veranstalter, zu denen auch der Verband Deutscher Privatschulverbände e. V. (VDP) zählt, forderten, die Weiterbildung im Umgang mit digitalen Medien stärker zu fördern, um den beruflichen und gesellschaftlichen Anschluss aller sicherzustellen. Bei der Veranstaltung wurden die Vorbilder der Weiterbildung 2016 geehrt. Die Preisträgerinnen nahmen die Ehrenpreise im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung mit rund 200 Gästen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Weiterbildungsbranche entgegen.

Laudatorinnen waren unter anderem die Schauspielerin Iris Berben, Dr. h.c. Edelgard Bulmahn, Bundestagsvizepräsidentin und Bundesbildungsministerin a. D., sowie Tabea Rößner, Sprecherin für Medien, Kreativwirtschaft und digitale Inf-



Tina Veigel vom Mainzer Studienhaus nimmt die Auszeichnung in der Kategorie „Innovatives Unternehmen“ entgegen.

rastruktur der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Moderiert wurde die Veranstaltung von ZDF-Moderatorin Dunja Hayali. Für den Verband Deutscher Privatschulverbände e. V. (VDP) nahm Tina Veigel vom Mainzer Studienhaus den Preis in der Kategorie „Innovatives Unternehmen“ entgegen. Das Mainzer Studienhaus begleitet Bildungseinrichtungen beim Einstieg ins digitale Lernen. Der VDP gratuliert sehr herzlich zu diesem Erfolg.

Der Deutsche Weiterbildungstag ist ein bundesweiter Aktionstag für Bildung und Lebenslanges Lernen, der von 21 Verbänden, Institutionen und Unternehmen der Weiterbildungsbranche unterstützt und finanziert wird. Er findet alle zwei Jahre in über 100 Städten und Gemeinden der Bundesrepublik statt. Deutschlandweit werden rund 600 Veranstaltungen und insgesamt 100.000 Besucher erwartet.

Anzeige

Bildungsangebote effizient organisieren.

Seminarsoftware

Für Bildungsträger, Seminarveranstalter und Anbieter von Fort- und Weiterbildungen

- PLANUNG
- VERMARKTUNG
- DURCHFÜHRUNG
- ABRECHNUNG

DER SEMINARMANAGER

seminarmanager.de

Gerne stellen wir Ihnen unsere Software vor –
kostenlos und unverbindlich. Tel. +49 661 97 390

Computer-L.A.N. GmbH
Königstraße 42 · 36037 Fulda

Bundesweite Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ gestartet

von Robert Renner

Der Verband Deutscher Privatschulverbände e. V. hat dieses Jahr eine neue Vereinbarung gegen Kindesmissbrauch mit dem Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) unterzeichnet. Darin wurde ein gemeinsames Verständnis von Schutzkonzepten festgelegt sowie Handlungsfelder des VDP definiert. Auch konkrete Maßnahmen wurden beschlossen. Der VDP hat sich bereiterklärt, das Thema in seine Organisationsstruktur hinein-zutragen.

Im September startete die Kampagne „Schule gegen sexuelle Gewalt“ des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), die der VDP unterstützt. Die Initiative soll Schulleitungen und Kollegien ermutigen und fachlich helfen, sich mit dem komplexen und sehr emotionalen Thema sexueller Kindesmissbrauch professionell auseinanderzusetzen. Ziel dabei ist es, dass alle Schulen Konzepte zum Schutz vor sexueller Gewalt (weiter-)entwickeln und sie gelebter Alltag in jeder Schule werden.

Die Kampagne beinhaltet Informationsmaterial mit konkreten Hilfestellungen. In Abstimmung mit den Kultusbehörden der Länder werden in den nächsten zwei Jahren Infomappen flächendeckend an alle Schulen verteilt. Es besteht außerdem die Möglichkeit, kostenloses Werbematerial zu bestellen. Der VDP unterstützt die Kampagne und wird über die weiteren Entwicklungen berichten. Weiterführende Informationen stehen auf der Homepage: www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de zur Verfügung.



Dramatischer Rückgang der Arbeitsmarktförderung von ALG-II-Empfänger/innen

von Jürgen Banse

Als am 10.09.2015 im Deutschen Bundestag über den Bundeshaushalt des Jahres 2016 debattiert wurde, äußerte sich Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, u. a. wie folgt: „Weil so mancher Sorge hat, möchte ich an dieser Stelle direkt sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wird auch weiterhin Priorität haben und Handlungsschwerpunkt bleiben.“

Nach den Ende September von der Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlichten Statistiken über die Neueintritte von Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfänger/innen in Arbeitsfördermaßnahmen muss jedoch festgestellt werden, dass die Chancen der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen, durch zielgerichtete Eingliederungsmaßnahmen aktiv gefördert zu werden, im ersten Halbjahr 2016 so schlecht waren wie seit Jahren nicht mehr. Beispielhaft soll dies anhand der von der BA veröffentlichten Zahlen für das Bundesland Sachsen-Anhalt näher erläutert werden:

Im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 gingen hier im ersten Halbjahr 2016 die Neueintrittszahlen von Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen in Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung um rund 36 Prozent, in Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung um ca. 17 Prozent und in Beschäftigung schaffende Maßnahmen (hierzu gehören vor allem die sog. Ein-Euro-Jobs) um knapp 16 Prozent zurück.

Zwar fiel im Juni 2016 auch die Anzahl der gemeldeten Arbeitslosengeld-II-Bezieher/innen in Sachsen-Anhalt niedriger aus als zwölf Monate zuvor, allerdings betrug dieser Rückgang lediglich 4,4 Prozent. Obwohl in Sach-

sen-Anhalt im Juni 2016 ca. 78 Prozent aller registrierten Leistungsbezieher/innen von den Jobcentern betreut wurden, begannen im Laufe des ersten Halbjahres 2016 nur 2.756 Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen eine berufliche Weiterbildung, während gleichzeitig 3.301 Arbeitslosengeld-I-Empfänger/innen, die im Juni 2016 einen Anteil von gerade einmal 22 Prozent aller Leistungsbezieher/innen ausmachten, eine von der BA geförderte berufliche Weiterbildungsmaßnahme beginnen durften. Noch gravierender fällt dieses Missverhältnis im Bund aus: Im Laufe des ersten Halbjahres traten insgesamt 93.042 Arbeitslosengeld-I-Empfänger/innen und nur 63.377 Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen (zu denen u. a. die sog. Langzeitarbeitslosen zählen) neu in Weiterbildungsmaßnahmen ein, obwohl durch dieses Instrument bei einem entsprechenden zielgerichteten Einsatz laut mehrerer Untersuchungen des BA-eigenen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auch bei einer Förderung von Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen die nachweislich höchsten und nachhaltigsten Vermittlungseffekte erzielt werden.

Fraglich ist, ob es sich unsere Gesellschaft angesichts des stetig wachsenden Facharbeitermangels noch länger leisten kann, die Potenziale der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen (und hier insbesondere die der Langzeitarbeitslosen) derart zurückhaltend zu fördern. Bereits im Jahr 2014 gaben die Jobcenter in Deutschland nur noch 6,9 Prozent ihrer Gesamtmittel für zielgerichtete Arbeitsfördermaßnahmen aus (2010 waren es immerhin noch 12,2 Prozent).^{*} Im gleichen Zeitraum stieg der

^{*}Quelle: Bundesagentur für Arbeit „Ausgaben für aktive und passive Leistungen im SGB II 2014“

prozentuale Anteil der Jobcenter-Gesamtausgaben für die reine Verwaltung von 9,0 auf 10,9 Prozent.* Allein im Jahr 2014 gaben die Jobcenter bundesweit rund 1,65 Milliarden (!) Euro mehr für ihre Verwaltung aus als für sämtliche Eingliederungsmaßnahmen (wozu u. a. die Weiterbildungs-, Aktivierungs-, Eingliederungs- und Ein-Euro-Job-Maßnahmen zählen).* Zwischen 2010 und 2014 halbierten sich die Mittel, die die Jobcenter für die Eingliederungsmaßnahmen nutzten, obwohl die verbliebenen Langzeitarbeitslosen angesichts ihrer bestehenden Defizite viel intensiver gefördert werden müssten, um sie wieder nachhaltig in sozialversicherungspflichtige Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt integrieren zu können.

Nach den aktuellen Zahlen über die Anzahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen, die im Laufe des Jahres 2016 neu in die o.g. Arbeitsfördermaßnahmen eingetreten sind, muss befürchtet werden, dass sich dieser negative Trend fortsetzt oder sogar noch beschleunigt.

Klar ist jedenfalls: Gelingt es auch in der Zukunft nicht, z. B. durch den Einsatz von individuellen, maßgeschneiderten Förderketten deutlich mehr Langzeitarbeitslose als bisher in unsubventionier-

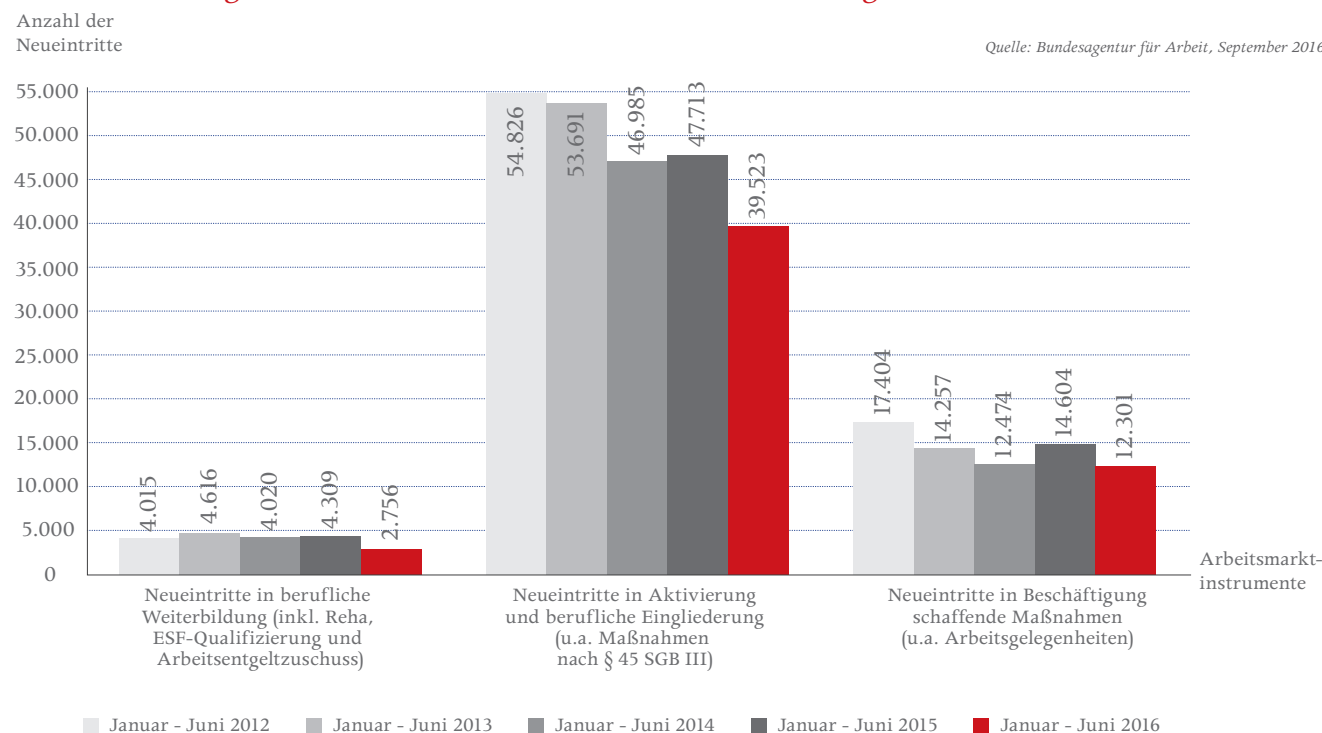
te, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen zu integrieren, werden trotz eines bundesweiten Fachkräftemangels auch weiterhin Hunderttausende Personen bis zu ihrem Tod ununterbrochen von staatlichen Sozialleistungen abhängig bleiben.

Ein wenig Hoffnung macht derzeit lediglich das am 01.08.16 in Kraft getretene „Arbeitslosenversicherungsschutz- und Weiterbildungsstärkungsgesetz“. Vielleicht trägt dieses Gesetz ja auch zu einer nachhaltigeren Geschäftspolitik der Jobcenter bei, schließlich sollte es nach § 1 Abs. 1 S. 4 SGB III das Ziel der Arbeitsförderung sein, einen hohen Beschäftigungsstand zu erreichen und die Beschäftigungsstruktur ständig zu verbessern.



Jürgen Banse
Geschäftsführer VDP Sachsen-Anhalt e. V.

Anzahl der Neueintritte von Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen in ausgewählte Arbeitsmarktinstrumente: Entwicklungen in Sachsen-Anhalt



AUS DEM VERBAND

Susanne Roepke ist neue Geschäftsführerin des VDP-Landesverbandes NRW



Die Juristin aus Münster hat zum 01.09.2016 die Leitung der Geschäftsstelle eines der mitgliederstärksten VDP-Landesverbände übernommen. Sie folgt auf Eva Lingen, die diese Position ab 2009 innehatte.

Zusammen mit den Vorstandsmitgliedern wird die Geschäftsführerin des VDP-Landesverbandes NRW als kompetente Ansprechpartnerin für die Mitglieder zur Verfügung stehen. Gemeinsam werden der Vorstand und Frau Roepke weiter die bildungsbezogenen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder vertreten, ausbauen und wie gewohnt in die Öffentlichkeit tragen.

Als langjährige Expertin in Bildungsfragen eines Verbandes der freien Wohlfahrtspflege bringt Frau Roepke viel Erfahrung und ein sehr gutes Verständnis für die berufspolitischen und rechtlichen Belange von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft mit.

Es ist ihr ein persönliches Anliegen, die Vielfalt im Bildungswesen zu unterstützen und zu fördern. Daher freut es sie besonders, dass der VDP-Landesverband gekennzeichnet ist durch eine große Trägervielfalt und dass er neben allgemein- und berufsbildenden Schulen auch Kindertagesstätten, Arbeitsmarktdienstleister, sonstige Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie Einrichtungen im tertiären Bereich vertritt. Für Frau Roepke bieten die Mitglieder des VDP-Landesverbandes damit eine Angebotsvielfalt, die sich an alle Altersgruppen richtet und dadurch einen wichtigen gesamtgesellschaftlichen Beitrag leistet.

Diese Vielfalt der Mitglieder soll unbedingt erhalten und möglichst verstärkt werden. Um diesem Anliegen gerecht zu werden, versucht sie die individuelle Beratung

der einzelnen Mitglieder auszubauen. Als Einstieg dazu möchte Frau Roepke in direkten Austausch mit den einzelnen Mitgliedern treten und deren spezifische Bedarfe erfragen. Geplant ist, dass sie dafür in den nächsten einhalb Jahren jedes Mitglied einzeln besucht und sich in Gesprächen über jede Schule oder Einrichtung informiert und sich diese ansieht. Ein weiteres Augenmerk liegt auf der Netzwerkarbeit. Dazu soll die Fachgruppenarbeit und damit der Austausch der Mitglieder untereinander weiter ausgebaut und verstärkt werden. Gegebenenfalls sollen auch neue Fachgruppen gebildet werden.

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Münster und Trier und Referendariat beim Landgericht Detmold hat Frau Roepke im März 1990 ihr zweites Staatsexamen abgelegt. Anschließend war sie über zwölf Jahre in einem großen Verband zuständig für die Beratung der Mitglieder in Fragen des individuellen und kollektiven Arbeitsrechts. Im März 2003 erfolgte der Wechsel ins Sozialrecht. Dort war sie mit unterschiedlichen Aufgabenschwerpunkten u. a. zuständig für das Recht der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), für Rechtsfragen der Kindertagesstätten (KiBiz), der Grundsicherung für Arbeitslose (SGB II) und der Arbeitsförderung (SGB III). Mit Übertragung der Leitung der Arbeitsgemeinschaft Heim- und Sonderschulen übernahm sie 2005 auch die Zuständigkeit für das Schulrecht. 2010 wurde sie Geschäftsführerin eines Fachverbandes für Schulen mit sonderpädagogischer Förderung. Frau Roepke ist zudem seit 2005 auf Landesebene in der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen (AGFS) tätig und seit 2012 Mitglied des Inklusionsbeirates. Von Juni 2014 bis zu ihrem Ausscheiden war sie Mitglied im Ausschuss Jugendhilferecht und -politik des Bundesverbandes für Erziehungshilfe (AFET). Frau Roepke ist verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne im Alter von 19 und 24 Jahren.



Schule und Ausbildung ohne Grenzen

Freie Schulwahl in der Metropolregion Hamburg

Positionspapier der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen zur Verhandlung des neuen Gastschulabkommens zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein

Hamburg, 1. Juni 2016

Hamburg ist wirtschaftliches und kulturelles Zentrum einer Metropolregion, die von Niedersachsen über Schleswig-Holstein bis Mecklenburg-Vorpommern gewachsen ist. Mehr Wachstum und Lebensqualität sollen nicht an administrativen Grenzen scheitern. Mobilität von Wirtschaft, Arbeit und Familie in einem gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraum benötigt eine partnerschaftliche Kooperation in der Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial- und Verkehrspolitik ebenso wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Bildung, Betreuung,

Ausbildung und beruflicher Qualifizierung. Die freie Wahl von Schule und Ausbildungsstätte ist hierfür eine Grundvoraussetzung. Es ist Aufgabe der Landesregierungen, einen grenzübergreifenden Schulbesuch unbürokratisch in alle Richtungen und für alle Schulformen zu ermöglichen. Dies gelingt durch die Streichung der Landeskinderklauseln aus den Schulgesetzen der Länder. Hiervon profitieren alle: in Hamburg berufstätige Schleswig-Holsteiner oder Niedersachsen ebenso wie Umlandgemeinden außerhalb der Großstadt; der in Pinneberg lebende zukünftige Luftfahrzeugtechniker

genauso wie die Hamburger Lebensmitteltechnikerin, die in Neumünster berufsbegleitend Lebensmittel- oder Biotechnologie studieren möchte.

1. Wir fordern die Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein auf, alle beruflichen Schulen wieder in die Vereinbarung zum länderübergreifenden Schulbesuch aufzunehmen. Das Grundrecht auf freie Berufswahl und die Wahl der Ausbildungsstätte macht nicht an Ländergrenzen halt. Wir appellieren an den politischen Willen beider Länder, die ohnehin begrenzte Wahlfreiheit für Schüler bzw. deren Eltern und den Zugang

zu Bildungsangeboten nicht weiter einzuschränken. Unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen sind Schüler vollzeitschulischer beruflicher Schulen seit Unterzeichnung des aktuellen Gastschulabkommens im Dezember 2010 vom länderübergreifenden Schulbesuch nahezu vollständig ausgeschlossen. Das ist ein erheblicher Einschnitt, der für die betreffenden Schulen nicht akzeptabel ist und für die Schüler zu einem faktischen Ausbildungsverbot dort führt, wo Ausbildungsgänge nicht flächendeckend verfügbar sind. Die im Jahr 2010 von Senatenseite formulierten Ansätze, Regelungen zumindest für sensible Ausbildungsbereiche und die Metropolregion zu finden, sind zu keinem Zeitpunkt realisiert worden. Es ist Zeit, dies nachzuholen. Ohne das Geld vom Land reicht das rechtlich zulässige Schulgeld für einen kostendeckenden Unterricht nicht aus. So stehen z. B. an der Fachschule für Technik Schülerjahreskosten von 6.580 Euro maximal erlaubte Schulgeldeinnahmen von 2.400 Euro gegenüber. Im Ergebnis der jetzigen Regelung ist die Zahl schleswig-holsteinischer Gastschüler an privaten beruflichen

Schulen um 86 Prozent von 441 im Schuljahr 2009/10 auf lediglich 63 im Schuljahr 2013/14 gesunken.

2. 4.860 Schüler aus Schleswig-Holstein besuchten 2015 allgemeinbildende Schulen in Hamburg. An den freien allgemeinbildenden Schulen sind sie für den Hamburger Senat aber nur Schüler zweiter Klasse. Ihr Schulbesuch wird vom Land nur in Höhe des niedrigeren Kieler Schülerkostensatzes gefördert, obwohl für den Unterricht in Hamburg die gleichen Kosten entstehen wie für Hamburger Schulkinder. In dem Gastschulabkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein sind die Schülerkostensätze deshalb nach dem Standortprinzip zugrunde zu legen. Eine Finanzierung nach dem Herkunftsprinzip würde die höheren Personal- und Sachkosten der Freien und Hansestadt leugnen und einen grenzüberschreitenden Schulbesuch auch weiterhin faktisch verhindern. Die Vereinbarung ist um Regelungen zur Refinanzierung des Ganztagsangebotes zu ergänzen.

3. Besser als bilaterale Vereinbarungen ist die freie Wahl von

Betreuungs-, Bildungs- und Ausbildungsstätten im gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraum. Wir fordern die beteiligten Bundesländer auf, den gegenseitigen länderübergreifenden Zugang zu den schulischen Einrichtungen im Staatsvertrag der Metropolregion zu verankern. Partnerschaft im Norden bedeutet, dass jedes Bundesland, jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt die Schüler und Auszubildenden so behandelt, als wären es die eigenen.

Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen in Hamburg (AGFS)
Sprecher: Volker Reitstätter
c/o Katholischer Schulverband Hamburg
Herrengraben 4, 20459 Hamburg
<http://www.agfs-hamburg.de>

Mitglieder:
AKES Arbeitskreis Evangelische Schule
Katholischer Schulverband Hamburg
Landesarbeitsgemeinschaft der
Rudolf Steiner Schulen in Hamburg
VDP Verband Deutscher Privatschulen

Positionspapier eingereicht
von **Christian Schneider**,
Geschäftsführer VDP Nord e. V.

Grünes Licht für neues Finanzhilfesystem in Niedersachsen

von Yvonne Mohnke, Geschäftsführerin VDP Niedersachsen-Bremen e. V.

Nach knapp einem Jahr harter Verhandlungen der Schulen in freier Trägerschaft mit dem Kultusministerium hat dieses nun den Änderungsentwurf zur Finanzhilfefeuerordnung zur Verbandsanhörung freigegeben. Die Grundlage zur Anpassung bilden die Versorgungs-verhältnisse an staatlichen Schulen ausweislich der amtlichen Schulstatistik zum Stichtag 22.04.2016.

In den §§ 149, 150 NSchG wird der Rechtsanspruch auf Finanzhilfe von Trägern anerkannter Ersatzschulen sowie Ersatzschulen von besonderer pädagogischer Bedeutung definiert. Nach § 150 Abs. 3 NSchG bemisst sich die Höhe der Finanzhilfe. Maßgeblich bei der Berechnung ist die Anzahl der Lehrerstunden, die auf einen Schüler entfällt. Zu berücksichtigen ist, dass für allgemeinbildende Schulen in freier Trägerschaft die tatsächlichen Verhältnisse an staatlichen Schulen zugrunde zu legen sind.

„Der Staat sollte alle Schulen unabhängig von ihrer Trägerschaft gleich und vollständig finanzieren. ... Wichtig ist nur, dass – unabhängig von der Trägerschaft – dieselben Regelungen für alle Schulen gelten. Privat geleitete Schulen wären den staatlichen Schulen finanziell gleichgestellt.“ (Prof. Dr. Ludger Wößmann, Ein wettbewerblicher Entwurf für das deutsche Schulsystem, 12.06.2016)

Von dieser Zielvorstellung ist Niedersachsen weit entfernt. Für 2016 wurde der Kultusetat zwar auf 5,6 Milliarden Euro angehoben, aber Schulen in freier Trägerschaft wurden hierbei nicht berücksichtigt. Und das, obwohl ein ständiger Austausch zwischen Vertretern

freier Schulen und dem Ministerium stattfindet. Immer wieder wurde dabei die eklatante Unterfinanzierung der Schulen durch das Land angesprochen. So auch wieder mit der neuen Finanzhilfefeuerordnung, die nicht wie vom Landesverband gefordert zum 01.08.2015, sondern erst zum 01.08.2016 an veränderte Realitäten angepasst wurde.

Auf Basis der für das Schuljahr 2014/15 maßgeblichen Werte hat das Kultusministerium für die Anpassung der Finanzhilfefeuerordnung einen jährlichen Mehrbedarf von 12,441 Millionen Euro errechnet. Die Erhöhung der neuen Schülerkostensätze findet erst in den nächsten Jahren Berücksichtigung im Etat. Durch das Inkrafttreten der Finanzhilfefeuerordnung zum 01.08.2016 bleibt das Urteil des OVG Lüneburg vom 09.06.2015, welches besagt, dass die zum 01.08.2014 von 23,5 auf 24,5 erhöhten Stunden für Lehrkräfte am Gymnasium unzulässig waren und rückwirkend gesenkt werden müssen, für Schulen in freier Trägerschaft ohne finanziellen Ausgleich. Diese Kosten werden nicht refinanziert und gehen voll zulasten der Träger freier Schulen.

Darüber hinaus sind den Schulen in freier Trägerschaft auch weitere Kosten entstanden, die jetzt vom Ministerium nicht getragen werden sollen. Hierzu zählt der sozialpädagogische Aufwand wie beispielsweise Förderunterricht, Fachförderunterricht oder auch die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit speziellem Förderbedarf. Dieser und weiterer sozialpädagogischer Aufwand wird weder für das vergangene Schuljahr noch für kommende Schuljahre berücksichtigt, obwohl er auch den Schulen in freier Trägerschaft entsteht und dieser Aufwand bei den öffentlichen Schulen ausgeglichen wird.

Bereits im November 2014 wurde ein Arbeitskreis im Niedersächsischen Kultusministerium ins Leben gerufen, der von Vertretern des Kultusministeriums geleitet wird und dem Vertreter aller Gruppen von Schulen in freier Trägerschaft angehören. Neu seit September 2016 ist die Expertenrunde, in der eine grundsätzliche Überprüfung des bestehenden Finanzhilfesystems vorgenommen werden soll, um aktuelle Veränderungen

und Entwicklungen im niedersächsischen Schulwesen, die im bestehenden Finanzhilfesystem nicht oder nicht angemessen abgebildet werden, zukünftig gegebenenfalls berücksichtigen zu können. Daraus sollen dann Vorschläge für ein neues System zur Berechnung der Finanzhilfe entwickelt werden. Der VDP wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass eine finanzielle Gleichstellung zu den staatlichen Schulen erreicht wird.

Saaleschule für (H)alle gewinnt den Jakob Muth-Preis für inklusive Schulen

von Heike Mutzbauer, Mitglied der Schulleitung

Der Jakob Muth-Preis für inklusive Schule wurde am 22. Juni 2016 in Pulheim verliehen und ging in diesem Jahr zum ersten Mal nach Sachsen-Anhalt an die Saaleschule für (H)alle. Mit dem Preis wollen die Projektträger zeigen, dass in

Deutschland viele Schulen und Schulverbünde, trotz teilweise schwieriger Rahmenbedingungen, bereits auf hohem Niveau inklusiv arbeiten.

An der Saaleschule für (H)alle, einer integrierten Gemeinschaftsschule (Klassen 5 bis 13) in freier



Die Jakob-Muth-Preisverleihung wurde musikalisch umrahmt.

Trägerschaft, haben 54 von insgesamt 440 Schülerinnen und Schülern einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Ab der zehnten Klasse können Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung eine dreijährige Berufsschulstufe besuchen. Sie lernen dann durch Prakti-

ka die Berufswelt kennen, während sich ihre Mitschüler aufs Abitur vorbereiten. Überzeugt haben die Jury auch die vielseitigen Projekte, welche durch Teamarbeit, Multiprofessionalität und eine gute Zusammenarbeit zwischen Schule und Hort möglich werden. Dazu zählen Projektwochen zum Thema Inklusion oder Klimaschutz, die Grenzgänge (Schüler wählen sich selbstständig eine Grenzgängerfahrung und durchlaufen diese) oder fächerübergreifender Unterricht.

Der Jakob Muth-Preis ist eine Initiative der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung und der Deutschen Unesco-Kommission. Er wurde 2009 ins Leben gerufen und in diesem Jahr zum siebten Mal verliehen.

GRADAN GmbH – Gesellschaft für
Unternehmensentwicklung

GRADAN
UNTERNEHMENSENTWICKLUNG

Professionelle Bildungskompetenz mit der richtigen Strategie

DIN ISO 29990 – für mehr Qualität in der Bildung

Ein Unternehmen, das eine Zertifizierung nach der DIN ISO 29990 anstrebt, verschreibt sich selbst einem hohen Qualitätsanspruch, den es an seine potenziellen Kunden kommunizieren kann. Damit bedeutet eine Zertifizierung nach DIN ISO 29990 einen Mehrwert sowohl für die Kunden als auch für das betreffende Unternehmen.

Die DIN ISO 29990 richtet sich insbesondere an Unternehmen, die neben ihrem eigentlichen Arbeitsgebiet selbst aus- oder weiterbilden, an auf Aus- und Weiterbildungen spezialisierte Bildungsdienstleister, an Privatschulen, Hochschulen und einzelne Dozenten. Die Norm ist dabei branchenübergreifend konzipiert.

Der Dipl. Betriebswirt Daniel Graf hat eine Studie verfasst, in der er untersucht, wel-

che Anforderungen sich für ein Unternehmen der Aus- und Weiterbildungsbranche ergeben, und wie diese umgesetzt werden können. Dies soll zum einen ein besseres Verständnis für das Ziel der Norm bringen und zum anderen den Unternehmen aufzeigen, an welchen Stellen es Verbesserungspotenzial gibt.

Vorteile der DIN ISO 29990

- » verbesserte Dienstleistungsqualität
- » Wettbewerbsvorteil erhalten
- » Verbesserungspotenziale aufdecken
- » strategische und operative Geschäftsabläufe optimieren

Daniel Graf, Deutschlands führender Experte im Bereich der DIN ISO 29990, treibt auch als Vorstandsvorsitzender des ISO / TC 232 – Learning services die internationale Standardisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung voran. Durch diese Funktion und die Tätigkeit als Stellv. Obmann des Deutschen Instituts



Daniel Graf, Geschäftsführer der GRADAN GmbH, Dozent an der Staatlichen Studienakademie Dresden (Bereich Qualitäts- und Umweltmanagement), Deutschlands führender Experte zur DIN ISO 29990

für Normung (DIN) im Normenausschuss „Bildungsdienstleistungen“ gestaltet. Daniel Graf diese Standards aktiv mit, die er dann als Unternehmer bereits in mehr als 200 Kundenprojekten (DIN ISO 29990 und DIN ISO 9001) nachhaltig umgesetzt hat. Auf Basis der Managementberatung der GRADAN GmbH konnten bisher alle anschließenden Zertifizierungen erfolgreich abgeschlossen werden.

Sie finden uns gemeinsam mit dem TÜV NORD am Stand im Foyer der 1. Etage des Tagungshotels. Wir freuen uns darauf, Sie persönlich über die Umsetzung der DIN ISO 29990 zu informieren.



GRADAN GmbH – Gesellschaft für Unternehmensentwicklung

Die GRADAN GmbH ist eine auf strategische Entwicklung spezialisierte Unternehmensberatung mit hochqualifizierten Mitarbeitern. Dabei reicht unsere Kompetenz von kaufmännischen Aspekten, Personalentscheidungen und marketingrelevanten Fragen über Finanzen bis hin zur Qualitätspolitik in Ihrem Unternehmen.

Zu unseren Kunden gehören kleine und mittelständische Unternehmen sowie Existenzgründer. Als marktführender Experte für das Managementsystem DIN ISO 29990 profitieren insbesondere Bildungsdienstleister von unserer Expertise.

GRADAN GMBH
Geschäftsführer
Dipl. Betriebswirt Daniel Graf
Könneritzstraße 7
01067 Dresden

Tel. 0171 4060447
E-Mail: graf@gradan.eu
www.gradan.eu

25 Jahre VDP Sachsen-Anhalt

von Robert Renner

Dieses Jahr feiert der VDP-Landesverband Sachsen-Anhalt sein 25-jähriges Jubiläum. Mit großem Stolz kann er auf eine erfolgreiche Geschichte zurückblicken. Seit seiner Gründung im Jahr 1991 setzt sich der Landesverband erfolgreich für die Interessen des privaten Bildungswesens im Land ein. Sein Hauptaugenmerk liegt der VDP Sachsen-Anhalt dabei auf die Förderung des freien Bildungswesens, dies vor allem durch eine sehr intensive Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern sowie weiteren privaten Schulen, Bildungseinrichtungen und Verbänden. Ebenfalls sehr eng arbeitet er mit den Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordneten des Landes zusammen. Dabei führt er regelmäßig Parlamentarische Abende mit allen demokratischen Parteien durch, um mit politischen Entscheidungsträgern zugleich kritisch und konstruktiv bildungs- und arbeitsmarktpolitische Entwicklungen zu diskutieren oder diese anzuregen.

Aus diesem Anlass fand am 10. Juni 2016 eine Jubiläumsveranstaltung in der Festung Mark in Magdeburg statt. Der Vorsitzende des VDP Sachsen-Anhalt Ingolf Fölsch eröffnete die Veranstaltung und moderierte durch den Abend. Landtagspräsident Hardy Peter Güssau sowie Bildungsminister Marco Tullner lobten in ihren Grußworten die engagierte Arbeit des Landesverbandes. In seiner Rede ging Landesgeschäftsführer Jürgen Banse auf die Gründungsgeschichte und Entwicklung des VDP Sachsen-Anhalt ein. Auch VDP-Präsidentin Petra Witt lobte den Landesverband und hob vor

allein die Arbeit von Jürgen Banse hervor. Durch sein Engagement hat er einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg des Landesverbandes geleistet. Seit 1999 ist er Geschäftsführer des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Gemeinsam mit VDP-Bundesgeschäftsführer Dietmar Schlömp überreichte sie ihm im Anschluss eine Ehrenurkunde. Nach dem offiziellen Teil wurde bei einem gemeinsamen Abendessen sowie bei Musik und Tanz bis in die späten Abendstunden gefeiert.

Zum 25-jährigen Bestehen gratuliert der VDP Dachverband Deutscher Privatschulverbände seinem Mitglied, dem VDP Sachsen-Anhalt, auch im Namen des gesamten Vorstandes ganz besonders herzlich.



Landesgeschäftsführer Jürgen Banse erhält eine Ehrenurkunde.

DKB – Was bei der Finanzierung von Kitas zu beachten ist

Interview mit **Britta Timm**, Leiterin des Fachbereichs Kommunen, Bildung und Forschung bei der Deutschen Kreditbank AG (DKB)

Als Fördermitglied des VDP begleitet die DKB nicht nur Finanzierungen von Schulen in freier Trägerschaft, sondern finanziert auch Kindertagesstätten. Gibt es Unterschiede bei der Finanzierung?

Kindertagesstätten profitieren viel stärker von öffentlichen Zuschüssen als Schulen in freier Trägerschaft. Der überwiegende Teil der Personal- und Sachkosten wird von der Kommune oder

Gemeinde getragen. Das entlastet die Finanzierung. Vor allem erhält der Träger die Zuschüsse sofort mit der Betriebsaufnahme und muss nicht wie der Träger einer freien Schule erst die Wartefrist durchlaufen. Elternbeiträge sind sowohl bei privaten als auch bei öffentlichen Kitas üblich, sodass dies kein Wettbewerbsnachteil für private Träger darstellt.

Es gibt unterschiedliche Voraussetzungen bei der Gründung einer Kita, die je nach Bundesland variieren. Können Sie diese am Beispiel von Berlin verdeutlichen?

In Berlin ist es so, dass vor der Errichtung einer Kindertagesstätte die Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt erforderlich und der Beitritt zur Rahmenvereinbarung (Leistungssicherstellung) sowie zur Vereinbarung über die Qualitätsentwicklung zu erklären ist. Darüber hinaus benötigt der Träger die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe bzw. die Anerkennungsfähigkeit sowie eine Betriebserlaubnis gemäß § 45 SGB VIII.

Eine wichtige Voraussetzung für die Finanzierung der Kindertagesstätte ist die Aufnahme in den Bedarfsplan der Kommune oder der Stadt. Dies gibt uns die Sicherheit, dass in der jeweiligen Region oder Stadt tatsächlich der Bedarf an Kitaplätzen besteht.

Wie sieht es mit der Einbindung von Fördermitteln aus?

Aufgrund des seit August 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz für Kinder unter drei Jahren unterstützen Bund und Länder verstärkt den Ausbau von Kitaplätzen mit zusätzlichen Fördermitteln in Form von Investitionszuschüssen. Diese müssen im Gegensatz zu den zinsgünstigen Darlehen der Förderbanken, die sowohl Kita- als auch Schulträger in die Finanzierung ihrer Vorhaben einbinden können, nicht zurückgezahlt werden.

Warum kann die Inbetriebnahme einer Kindertagesstätte für Schulträger eine sinnvolle Ergänzung sein?

Die Verbindung von Kita und Schule, z. B. durch Aufbau eines Bildungscampus, kann einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil für den Schulträger bringen. Mit der Ausweitung seines Bildungsangebotes in der frühkindlichen Bildung kann er Familien bereits frühzeitig an sich binden. Vor allem für Familien mit mehreren Kindern ist dieses Konzept sehr attraktiv. Durch gemeinsame Projekte können Synergien für die Kinder, aber auch für die Erzieher und Lehrkräfte entstehen. Wir haben Kunden, die dieses Konzept bereits sehr erfolgreich umgesetzt haben. Gerne stehen wir den VDP-Mitgliedern bei der Umsetzung ihrer Vorhaben als Ansprechpartner zur Verfügung.

Das Interview führte Robert Renner.

Anzeige



DKB-Kunde Lars Schulze, Geschäftsführer der Gallierhaus gGmbH und Mitglied der Elterninitiative Kleine Gallier e.V.

In der Branche zu Hause, vor Ort vernetzt.

Mehr als 4.600 freie Bildungs- und Forschungseinrichtungen vertrauen bei ihren Investitionsvorhaben auf unsere Expertise und regionale Vernetzung. Ob Wartefristfinanzierung, energetische Sanierung oder Public-Private-Partnership-Projekt - unsere Finanzierungsexperten entwickeln für jeden Standort die passende Lösung. dkb.de/bildung-forschung


 Wettbewerb Deutschlands
kundenorientierteste
Dienstleister 2016

DKB
Das kann Bank

RatioProtect – Versicherungen, Vorsorge, Finanzen

Dieses Baukastensystem bietet ganzheitlichen Versicherungsschutz für private Bildungseinrichtungen

von Dirk Lauffer

Jede Schule hat individuelle Anforderungen, die berücksichtigt werden müssen. Viele Versicherungen haben aber starre Vorgaben, die oft nicht zur Einrichtung passen. Das Baukastensystem von RatioProtect ist das Ergebnis der Überzeugung, dass jeder Kunde das Recht auf ein Lösungskonzept hat, das auf seine Situation abgestimmt ist.

Für optimalen Versicherungsschutz muss ein Rädchen sicher in das andere greifen. Die perfekte Verzahnung ist die Voraussetzung für ganzheitlichen Versicherungsschutz. Deshalb basiert das Konzept von RatioProtect auf vier Bausteinen: Sachversicherungen, Vorsorge, Netto-Entgelt-Optimierung und einem Netzwerk aus erfahrenen Fachanwälten und Spezialisten.

Transparent, flexibel und preiswert – diese Worte beschreiben den Rundum-Schutz von RatioProtect. Die Organe und Vorstände von Einrichtungen in freier Trägerschaft werden durch RatioProtect enthaftet und ein Zugriff auf das Privatvermögen verhindert. Zudem wird eine Unterversicherung ausgeschlossen. Deshalb

werden viele Versicherungsangebote nicht an Quadrat- und Kubikmetern festgemacht, sondern einfach an der Schülerzahl.

Sachversicherungen – so individuell wie Ihre Einrichtung

Jede Schule ist anders. Deshalb gibt es gerade im Sachversicherungsbereich kein Patentrezept. Das Baukastensystem passt sich Ihren speziellen Bedürfnissen an. Von der Vermögensschadenhaftpflicht über Gebäudeversicherungen bis hin zur Musikinstrumentenversicherung bietet RatioProtect das gesamte Portfolio, das Sie in Ihrem Schulalltag benötigen. Ein 24-Stunden-Schadensservice rundet diese Leistungen ab.

Vorsorge – Sicherheit für die Menschen, die Ihnen am Herzen liegen

Ob betriebliche Altersvorsorge, Gruppenunfallversicherung oder Berufsunfähigkeit, bei diesem Baustein dreht sich alles um die Vorsorge für Sie selbst, Ihre Schüler und Ihre Mitarbeiter. Da niemand von uns einen Blick

in die Zukunft werfen kann, ist es wichtig, die elementarsten Bereiche umfassend abzusichern. RatioProtect bietet Ihnen dafür sinnvolle Lösungen.

Netto-Entgelt-Optimierung – der intelligente Weg, Kosten zu senken

Sie möchten Ihren Mitarbeitern etwas Gutes tun und gleichzeitig Ihre Liquidität steigern? Dann nutzen Sie die Lohnbausteine von RatioProtect. Einer der größten Kostenfaktoren in deutschen Schulen sind die Lohn- und Lohnnebenkosten. Ob Kindergarten-, Fahrtkosten- oder Internetzuschuss, die Möglichkeiten sind vielfältig.

Den Experten von RatioProtect ist klar, dass das Thema Versicherungen in Ihrem Alltag nur wenig Raum hat. Deshalb bilden persönliche Beratung und Transparenz die Grundsteine des einfachen Baukastensystems, um Ihnen die tägliche Arbeit zu erleichtern. So können Sie sich auf das Wesentliche konzentrieren: Ihre Schüler und Schülerinnen.

Weitere Informationen finden Sie unter

www.ratioprotect.de

RatioProtect
Bahnhofplatz 8, 90762 Fürth,
Tel. 0911 / 95 76 35-0

Anzeige

RatioProtect®
Ganzheitlicher Versicherungsschutz für Ihre Einrichtung



Wir wissen, wo Sie der Schuh drückt!

Ganzheitlicher Versicherungsschutz für Ihre Einrichtung

Jede Schule und jeder Kindergarten ist anders. Deshalb gibt es gerade im Versicherungsbereich kein Patentrezept. Darum besteht das Versicherungskonzept von RatioProtect aus einem Baukastensystem, das sich ganz speziell Ihren Bedürfnissen anpasst. Wir bieten für Schulen und Kindergärten:

- Gruppen-Unfallversicherung
- Betriebshaftpflichtversicherung
- Spezial-Rechtsschutzversicherung
- Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung
- D&O-Versicherung
- Inhaltsversicherung
- Elektronik-Versicherung
- Musikinstrumentenversicherung
- Dienstreisekaskoversicherung
- Gebäudeversicherung
- Vorsorge rund um den Bau

Außerdem:

- Beratung bei Neugründung
- Lehrervorsorge
- betriebliche Altersvorsorge
- betriebliche Krankenversicherung
- Vorsorge für Planstelleninhaber



Für Sie sind wir nur so weit entfernt,
wie Ihr nächstes Telefon: **0911-95 76 35-0**

RatioProtect
Bahnhofplatz 8
90762 Fürth
Fax: 0911-957635-99
info@ratioprotect.de
www.ratioprotect.de

RatioProtect ist
eine Marke von
Customer und Partner



NEU

Christiani ist jetzt
offizieller Vertriebspartner
von LEGO® Education!

LEGO education

Christiani

Technisches Institut für
Aus- und Weiterbildung

SEIT 1931

Schule trifft Technik

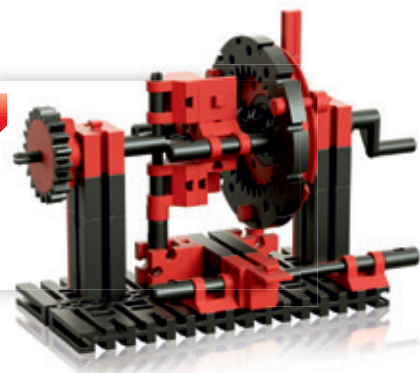
Lehrsysteme für spannenden MINT-Unterricht

Ob Mechanik, Statik, moderne Robotertechnik oder physikalische Gesetze, bei allen unseren technisch-naturwissenschaftlichen Lehrmitteln erstellen die Schülerinnen und Schüler selbst realitätsnahe Modelle und Versuche. Sie lernen die technischen und naturwissenschaftlichen Fragestellungen dahinter kennen und können Funktionalitäten selbst testen. Spannender geht's nicht!

**NEU**

LEGO® MINDSTORM® Education EV3
Paket für 2 Schüler: Basis-Set + Ladegerät,
inkl Software und Unterrichtsmaterial
Best.-Nr. 13816 EUR 382,89
Mehr Infos unter:
www.schule-trifft-technik.de/13816

Fischertechnik Lernbaukasten Mechanics 2.0
inkl. Bauanleitungen und didaktischem Begleitheft
Best.-Nr. 13792 EUR 100,80
Mehr Infos unter:
www.schule-trifft-technik.de/13792

NEU**Bestseller**

**Koffer Optik 1 – Geometrische Optik
für Schülerversuche**
inkl. Farbmischung additiv/subtraktiv
Best.-Nr. 98444 EUR 140,-
Mehr Infos unter:
www.schule-trifft-technik.de/98444

www.schule-trifft-technik.de

Der Bildungsprofi für Technik

SCHULE
TECHNIKAUSBILDUNG
TECHNIKHOCHSCHULE
TECHNIKWEITERBILDUNG
TECHNIK

IMPRESSUM

Ausgabe

Heft 2, 92. Jahrgang, November 2016

Erscheinungsweise

Die FBuE erscheint halbjährlich
(Juni und November).

Herausgeber

Verband Deutscher
Privatschulverbände e. V. (VDP)

Bildungseinrichtungen in freier
Trägerschaft

Reinhardtstr. 18, 10117 Berlin

Äußerungen des Verbands werden als
solche gekennzeichnet. Alle anderen
Beiträge geben die Meinung des jewei-
ligen Verfassers wieder. Beiträge und
Besprechungsexemplare werden an die
Geschäftsstelle erbeten. Nachdruck und
Vervielfältigung jeglicher Art nur mit
Genehmigung des Herausgebers.

Redaktion

Rober Renner, Pressesprecher
VDP-Bundesgeschäftsstelle

Reinhardtstr. 18, 10117 Berlin

t: 0 30 / 28 44 50 88 - 0

f: 0 30 / 28 44 50 88 - 9

Anzeigen

presse@privatschulen.de
Die aktuellen Mediadaten erhalten Sie
auf www.privatschulen.de.

Layout und Satz

explonauten.net GmbH, Berlin
www.explonauten.net

Autoren dieser Ausgabe

Jürgen Banse
Prof. Marcel Fratzscher
Richard Heinen
Dirk Lauffer
Yvonne Mohnke
Heike Mutzbauer
Robert Renner
Dietmar Schlömp
Christian Schneider
Prof. Dr. Michael Schratz
Britta Timm
Petra Witt

Bildnachweise

S. 1: INFINITY – fotolia.com;
S. 2/S. 4: Samo Trebizan – fotolia.com;
S. 3/S. 8: Monkey Business – fotolia.com;
S. 7: zinkevych – fotolia.com;
S. 13: skynesher – istockphoto.com;
S. 15: contrastwerkstatt – fotolia.com;
S. 17: ninog – fotolia.com;
S. 25: stockWERK – fotolia.com;
S. 30: Robert Kneschke – fotolia.com;

VDP

Bundesgeschäftsstelle

Reinhardtstr. 18

10117 Berlin

t. 0 30 / 28 44 50 88 - 0

f. 0 30 / 28 44 50 88 - 9

vdp@privatschulen.de

www.privatschulen.de